
Presseinformation Nr. 798

19. Juni 2006

BAHR:
**FDP fordert Abschaffung der
Krankenversicherungspflichtgrenze**

BERLIN. Zu den Plänen der schwarz-roten Koalition, im Gesundheitswesen einen Gesundheitsfonds einzuführen, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Daniel BAHR:

Die FDP wehrt sich dagegen, neben den gesetzlichen Krankenkassen jetzt auch noch die Privatversicherten in einen Bürgerzwangsfonds einzubeziehen. Die FDP will jedem Bürger freistellen, ob er sich gesetzlich oder privat versichern will. Die Versicherungspflichtgrenze muss fallen. Angesichts einer alternden Bevölkerung brauchen wir mehr Kapitaldeckung und weniger Umlage. Mehr Menschen sollen durch eine private Krankenversicherung mit Altersrückstellungen für steigende Kosten im Alter vorsorgen. Wer heute die private Krankenversicherung austrocknet, wird in einigen Jahren die Folgen spüren. Immer weniger junge Beitragszahler müssen dann durch steigende Beitragssätze für immer mehr ältere Leistungsempfänger aufkommen. Verteilungskonflikte werden zunehmen, die Qualität der Gesundheitsversorgung wird leiden. Es ist in den letzten Monaten sogar in sozialdemokratischen Kreisen viel die Rede davon gewesen, dass wir mehr Eigenverantwortung der Menschen für ihre Lebensgestaltung brauchen. Das gilt auch für den Krankenversicherungsschutz. Das heißt: Wenn man nicht den Mut hat, eine Pflicht zur Versicherung eines Basisleistungskataloges bei einem privaten Krankenversicherer der eigenen Wahl vorzusehen, dann muss zumindest die Versicherungspflichtgrenze abgeschafft werden mit der Konsequenz für die Bürger, sich entscheiden zu können.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de